

Bern

Mühleberg-Damm: Bundesamt zensuriert Inspektionsprotokoll

Der Wohlensee-Damm beim AKW Mühleberg sei erdbebenfest und hochwassertauglich, sagt die Aufsichtsbehörde. Ein Inspektionsprotokoll zensuriert sie aber - und begründet dies mit Terrorgefahr.

Simon Thönen

Als die BKW vor fast hundert Jahren das Wasserkraftwerk Mühleberg baute, konnte niemand ahnen, dass darunter einst ein AKW stehen würde. Ob der Damm auch bei extremen Hochwassern und seltenen Erdbeben den Wohlensee oberhalb des Atomkraftwerks zurückhalten kann, ist seit Fukushima eine der zentralen Sicherheitsfragen. Dazu kommt: Die BKW will das von 1917 bis 1920 erbaute Wasserkraftwerk noch über 80 Jahre lang betreiben und strebt ab 2017 eine neue Konzession an.

Die BKW zeigt das Wasserkraftwerk dem interessierten Publikum bereitwillig bei Führungen. Der Pionierbau aus Beton ist in der Tat beeindruckend, das Maschinenhaus ist mit seinen hohen Fenstern eine Kathedrale der Technik. Der überraschend filigrane Bau ist aber auch integraler Teil der Stauanlage, die den Wohlensee staut. Gänge durchzie-

Die geschwärzte Passage enthalte Informationen, «die für Sabotage oder terroristische Zwecke missbraucht werden können».

Begründung des Bundesamts für Energie

hen das Maschinenhaus. Nicht alles wirkt auf den Laien vertrauenswürdig: An gewissen Stellen ist die oberste Betonschicht abgebröckelt, und man sieht die Armierungseisen. Stalaktiten und feuchte Böden zeigen, dass Sickerwasser durchs Bauwerk dringt. Kleine Risse werden mit Markierungen - Risspione genannt - überwacht.

Einsicht in Protokoll verweigert

Die Atomaufsicht Ensi und die Sektion Talsperren des Bundesamts für Energie (BFE) gaben im Sommer 2012 Entwarnung. Sowohl der Damm wie das AKW überstünden auch ein Erdbeben, das sich nur mit einer Wahrscheinlichkeit von 1 zu 10 000 ereignen werde. Der «Bund» wollte damals genauer wissen, worauf die Aufsichtsbehörden ihren beruhigenden Befund stützten. Er verlangte Einsicht in das Protokoll der Jahreskontrolle des Stauwehrs, die einige Monate zuvor, im Dezember 2011, stattgefunden hatte.

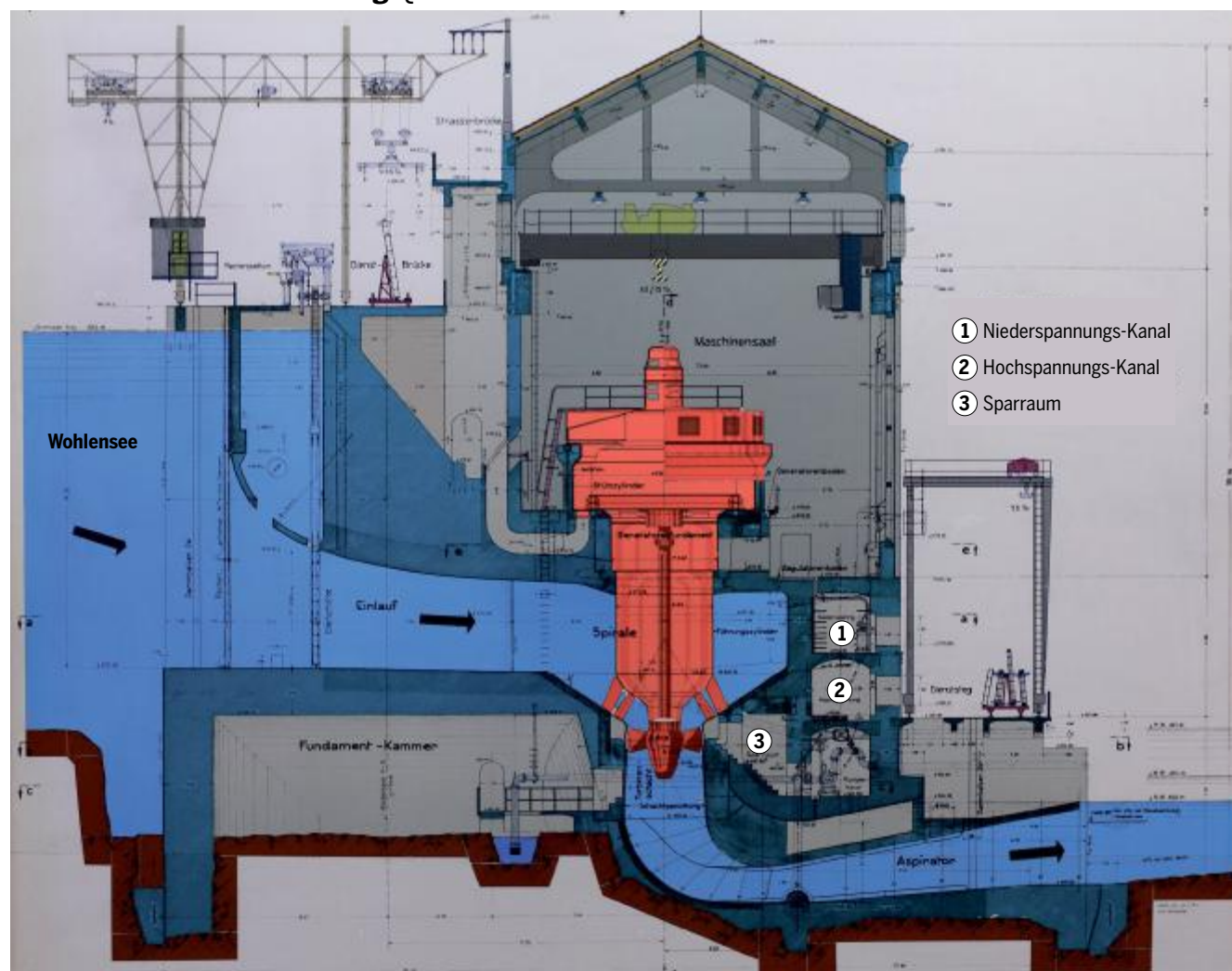
Der «Bund» berief sich auf das Öffentlichkeitsgesetz. Es ermöglicht, dass Journalisten und Bürger Zugang zu Akten erhalten - dies gemäss dem hehren Grundsatz, dass die Verwaltung nichts zu verbergen hat. Hatte sie in diesem Fall aber doch. Das BFE lehnte das Gesuch rundweg ab: Das Protokoll enthalte Geschäftsgeheimnisse. Seine Publikation könnte die «möglichst offene» Information der BKW gegenüber den Kontrolleuren beeinträchtigen - und gar «Sabotage- oder Terrorakte begünstigen».

Der «Bund» akzeptierte die pauschale Weigerung nicht und gelangte an den Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten, Hanspeter Thür. Statt innerhalb der gesetzlichen Frist von 30 Tagen gab das Büro von Thür erst nach 15 Monaten eine Empfehlung ab. Immerhin: Der Öffentlichkeitsbeauftragte empfahl, das Dokument offenzulegen. Einzig die Namen von Mitarbeitern von Privatfirmen seien einzuschwärzen.

Zusätzliche Zensurbalken

Nach weiteren Verzögerungen stellte das BFE dem «Bund» das Protokoll der Inspektion schliesslich zu - allerdings mit wesentlich mehr Zensurbalken. Angesprochen wird im Protokoll, das übrigens die BKW selber und nicht die Kontrolleure verfasst haben, zum Beispiel, dass das Wehr sich wegen des

Wasserkraftwerk Mühleberg Querschnitt Massstab 1:30



Das Maschinenhaus des Wasserkraftwerks ist Teil der Stauanlage, die den Wohlensee zurückhält. Der Bau ist durchzogen von Gängen für Stromkabel (1 und 2) und Sparräumen (3), die hohl sind, weil man so teuren Beton einsparen konnte. Plan: zvg

Drucks des Stausees verschiebt, wenn auch nur minimal. Messungen von 2000 bis 2011 zeigen laut Protokoll «recht grosse Bewegungen, welche über die Zeit etwas zunehmen - und die Fehlerellipse auch verlassen». Aber: «Diese Resultate lassen keine eindeutigen Schlüsse zu.»

Terrorgefahr im Stromkabelgang

Risse wurden vor allem im Gang betrachtet, der Hochspannungskabel enthält. Aber Wand und Gewölbe sind verputzt, «sodass der Beton und dessen Zustand fast nirgends ersichtlich ist». Ein langer Riss markiere den Übergang von verschiedenen Betonsorten. An drei, vier Stellen gelange durch die Risse Feuchtigkeit in den Gang, «insbesondere an einer Stelle ist Wasserzutritt feststellbar, welcher unauffällig durch den Boden in den Pumpengang abfließt». Die Kontrolleure finden: «Hier ist eine Betonuntersuchung

sinnvoll.» Gerne wüsste man mehr über das Sickerwasser im Bau und seine Folgen. Doch die Passage über Sickerwassermessungen ist geschwärzt, weil die Messmethoden laut BFE ein «Geschäftsgeheimnis» der BKW seien. Dramatisch klingt die Begründung zur Schwärzung der zweiten Passage über die Feuchtigkeit im Hochspannungskanal. Sie enthalte Informationen, «die für Sabotage oder terroristische Zwecke missbraucht werden können». Eine Publikation sei «geeignet, die innere Sicherheit der Schweiz zu gefährden».

Die Argumentation ist zwiespältig. Wenn Terroristen mit dieser Information einen Anschlag planen könnten, dann besteht vermutlich auch ein gravierendes Sicherheitsproblem, das der Öffentlichkeit nicht verschwiegen werden darf. Als Ausweg aus dem Dilemma schlug der «Bund» vor: Das BFE gewährt Einsicht, dafür verpflichtete sich der

«Bund» vertraglich, keine Informationen zu publizieren, die Terroristen nützen könnten. Das Amt lehnte ab.

Die offengelegten Passagen sind laut einem angefragten Betonexperten wenig aussagekräftig. Überall dort, wo es kritisch werde, verweise man auf die Notwendigkeit von weiteren Untersuchungen. Die BKW teilt auf Anfrage mit, die Anlage «weist praktisch keine Risse auf». Und: «Der Hochspannungskanal ist völlig trocken.» Und ja, es wurde in der Zwischenzeit eine «BKW-externe Beurteilung» der Betonqualität vorgenommen. Sie habe ergeben, «dass die Betonsubstanz aller Bauteile des Wasserkraftwerks Mühleberg für ihr Alter in einem guten Zustand ist». Sie erlaube «den Nachweis der Stand- und Tragsicherheiten des Bauwerks auch unter heutigen Richtlinien». Dieses Gutachten würde der «Bund» gerne sehen. Die BKW lehnt ab. Die Studie sei «nicht öffentlich».

Schutz vor Naturkatastrophen

Wohlensee-Damm nicht für Extremhochwasser gebaut

Für den Bau und Umbau des Wohlensee-Damms galt ein schwächerer Schutz vor Hochwasser als für das nahe AKW Mühleberg.

Simon Thönen

Das berühmte Restrisiko für AKW ist eine Zahl: Die Wahrscheinlichkeit eines Unfalls, der zu radioaktiver Verstrahlung über den gesetzlichen Limiten führt, darf für ein einzelnes AKW nicht mehr als 1 zu 10 000 pro Jahr betragen. Je mehr AKW je länger in Betrieb sind, desto grösser die Wahrscheinlichkeit eines Unfalls.

Überschreitet ein AKW die Wahrscheinlichkeitslimite von 1 zu 10 000 pro Jahr, dann muss es abgeschaltet werden. Im Sommer 2011 schaltete die BKW ihr AKW Mühleberg vorsorglich ab, nachdem ein Gutachten in ihrem Auftrag gezeigt hatte, dass bei einem Extremhochwasser mit dieser Wahrscheinlichkeit die Notkühlung des Reaktors verstopfen könnte. Erst nach diversen kleineren Nachrüstungen erlaubte die Atomauf-

sicht Ensi in einem umstrittenen Entscheid, dass Mühleberg wieder ans Netz ging. Damals rechnete die BKW sowohl für das AKW wie auch für den nahen Wohlensee-Damm mit einem Extremhochwasser mit einer Wahrscheinlichkeit von 1 zu 10 000.

Schwächere Vorgaben für Umbau

Das Protokoll der Inspektion des Stauwehrs vom Dezember 2011 zeigt nun aber: Für die Konstruktion des Wasserkraftwerks Mühleberg begnügte sich die BKW mit schwächeren Vorgaben für den Hochwasserschutz. Das Hochwasser, welches das Stauwehr unbeschadet überstehen muss, legte die BKW letztmals fest, als sie 2004 bis 2006 die Wehrbrücke und den Wasserablass erneuerte.

Doch schon die Erkenntnisse aus dem «Jahrhundert-Hochwasser» von 2005 sind laut Inspektionsprotokoll in die Schutzvorgaben «nicht mehr eingeflossen», weil der Umbau zu diesem Zeitpunkt «praktisch abgeschlossen» war. Mehr noch: Auch bei der Inspektion 2011, sechs Jahre später, wussten die Kontrolleure des Bundesamts für Energie (BFE)

und der BKW noch nicht, wie sie diese Erkenntnisse berücksichtigen wollten.

Anlässlich der Inspektion «wurde überlegt, ob der Bund (das Bundesamt für Umwelt) die bestehenden Studien aktualisieren» könnte. Dies mit dem Ziel, ein Jahrtausend-Hochwasser für die Aare oberhalb des Wohlensees neu zu berechnen. Dies erwies sich aber als «nicht durchführbar», wie Abklärungen nach der Sitzung zeigten.

Damit stellt sich die Frage, wie die BKW nach Fukushima für AKW und Damm denn überhaupt ein Hochwasser mit einer zehnmal tieferen Wahrscheinlichkeit von 1 zu 10 000 berechnen konnte. Die Antwort ist: Sie ging gar nicht von realen Hochwassern aus, sondern von der theoretischen Annahme, dass es nie mehr als zwei Tage lang ununterbrochen regnet - eine Annahme, die der Klimahistoriker Christian Pfister heftig kritisierte. Den Kontrolleuren des BFE eilte es 2011 nicht mit neuen Hochwasserberechnungen für das Wasserkraftwerk. Sie empfahlen der BKW, die Grundlagen im Hinblick auf die neue Konzession für das Wasserkraftwerk bereitzustellen. Diese ist erst 2017 fällig.

Anzeige



Hans Grunder
Nationalrat BDP
Hasle-Ruegsau

«Die Initiative ist keine Lösung, weil sie Personen-freizügigkeit und das Asylwesen miteinander vermischt.»

am 9. Februar
NEIN!

SVP-Abschottungsinitiative

www.bilaterale.ch
Komitee Nein zur SVP-Abschottungs-Initiative, Postfach 5835, 3001 Bern

Wählbar

Ein Grüner sieht brandrot

Der Wahlkampf für die Grossratswahlen ist in vollem Gang. Kandidaten bemühen sich auf allen Kanälen, das eigene Profil zu schärfen. Einige zielen dabei ganz direkt auf den politischen Gegner. So geschehen bei einem medialen Schlagabtausch am letzten Samstagmorgen um 6.00 Uhr früh auf Twitter zwischen dem grünen Grossratskandidaten Guido Sauter und dem SVP-Grossrat und -Fraktionschef Peter Brand. Guido Sauter aus Jegenstorf ist wütend, dass SVP, FDP, BDP und EDU nach den im November beschlossenen Sparmassnahmen (ASP) letzten Dienstag bereits eine zweite Sparrunde, eine ASP II, forderten. Als der Neuling Sauter, der für den Wahlkreis Bern-Mittelland-Nord kandidiert, auf dem Twitterprofil von Brand einen Eintrag findet, mit dem dieser Mitte Dezember die umstrittene Lohnerhöhung der Grossräte verteidigte, sieht er rot. Um 6.04 Uhr twittert er: «Sie sind ein typischer SVPLer: mit gierigen Händen den Armen ihre Habe weggerissen.» Brand reagiert prompt ein paar Minuten später und gibt sich erstaunt über die Anfeindung. Sauter erklärt: «ASP II und eigenen Lohn erhöhen, passt irgendwie nicht zusammen... oder muss ich noch klarer werden?» Klarer wird er im weiteren Verlauf nicht, nur wütender. Brand bleibt sachlich. Nach dem Sauter ihn aber als «dämlich» bezeichnet, erklärt er die Diskussion für beendet, was auf ein einseitiges Twitter-Bombardement seitens Sauter hinausläuft: «Als besser Qualifizierter kann ich Sie gerne aufklären». Dann: «Der Knackpunkt in ihrem Notar-SVP-Hirn liegt in der Zeitachse.» Und ein paar Minuten später: «Wenn Sie in Münchenbuchsee einkaufen, könnte es sein, dass ich Ihnen die Wurst aus ihrem Einkaufswagen entferne.» Was das mit ASP, Grossratsentlohnung und Politik im Allgemeinen zu tun hat, ist unklar. Nicht so Sauters Mission: «Ich bin in die Niederungen der politischen Verrichtungen herabgestiegen mit dem Ziel, SVPLer wie Sie vorzuführen!» Ob er sich mit dieser Aktion nicht selbst vorführt? Einen Ruffel des Kantonalpräsidenten der Grünen, Blaise Kropf, hat er sich jedenfalls bereits eingehandelt. Kropf sagt auf Anfrage, er habe Sauter per E-Mail mitgeteilt, dass er solche Angriffe auf der persönlichen Ebene nicht gutheisse: «Ich wünsche mir, dass man auf der inhaltlichen Ebene argumentiert. Persönliche Angriffe entsprechen nicht dem Kommunikationsstil der Grünen.»

Stephanie Jutzi

Heute «Wahltag»-Blog

Freisinniges Lob für die linke Regierung

Im heutigen «Wahltag»-Blog zu den kantonalen Wahlen vom 30. März schlägt FDP-Grossrat Hans-Jörg Pfister aus Zweisimmen überraschende Töne an: Auch eine bürgerliche Regierung hätte die Finanzsituation nicht besser gemeistert als die links-grüne. Lesen Sie den Beitrag auf: www.wahltag.derbund.ch. (mob)